

ANTRÄGE:

1) Mehr Sicherheit durch Tempokontrolle vor Kindergärten und Seniorenzentren – Beispiel Hubertusstraße in St. Peter

GR.ⁱⁿ **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Verkehrsprobleme durch erhöhte Geschwindigkeit und Missachtung der Rechtsregel bei gleichrangigen Straßen gefährden die Sicherheit der Fußgänger, wie nachfolgendes Beispiel zeigt:

In der Hubertusstraße gibt es nur zwei nicht sehr gut sichtbar angebrachte Hinweistafeln zur Verkehrssicherheit, obwohl ein kleines Einkaufszentrum, ein großes Seniorenheim, ein Kindergarten und eine sehr problematische und unfallträchtige Straßenkreuzung (Hubertusstraße-Marburgerstraße) auf einem relativ kurzen Straßenstück seit langer Zeit existieren. Insgesamt sind allerdings die Verkehrstafeln in der Hubertusstraße nicht sehr gut sichtbar positioniert.

Die Theodor-Storm-Gasse ist schmal und vernünftige Fahrzeuglenker reduzieren die Fahrgeschwindigkeit, die Hinweistafeln haben trotzdem sicher eine Berechtigung.

Die Hubertusstraße ist dagegen großzügig breit angelegt, vor allem Ortsfremde, Taxifahrer, Botendienste und auch besonders Eilige verwechseln diese Straße mit einer höherrangigen Durchzugs- und Vorrangstraße, speziell in den Abend- und Nachtstunden und am Morgen sind höhere Geschwindigkeiten an der Tagesordnung, und im Kreuzungsbereich Hubertusstraße-Marburgerstraße kommt es immer wieder zu sehr gefährlichen Situationen und auch zu Sachschadensunfällen.

Die Hubertusstraße ist zwar über fast die gesamte Länge sehr gut einsehbar, die ohnehin sehr spärlichen Radarmessungen der Polizei sind sehr gut erkennbar und bringen ebenso wenig Abhilfe wie die noch spärlicheren optischen

Geschwindigkeitsanzeigen. Die vorhandene Rechtsregel wird von der Mehrheit der eiligen Fahrzeuglenker ohnehin nicht beachtet.

In der warmen Jahreszeit spazieren viele Senioren speziell schon am Morgen im Bereich des Seniorenheimes. Kindergarten- und Schulkinder aus dem großen St.-Peter-Wohnpark sind in größeren und kleineren Gruppen unterwegs und kreuzen dabei mehrmals die Hubertusstraße auf dem Weg zur Bushaltestelle in der St.-Peter-Hauptstraße.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

A n t r a g :

Im Interesse der Fußgänger, vor allem von Kindern und Senioren, sollen ehebaldigst Maßnahmen getroffen werden, die im Bereich von Kindergärten und Altersheimen, insbesondere wegen besonderer Dringlichkeit in der Hubertusstraße, zu mehr Sicherheit führen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Linie 39 – Bushaltestelle Feldgasse

GR. **Eber** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Bushaltestelle der Linie 39 in der Feldgasse wurde eingestellt, da in Zukunft nur mehr Großraumbusse eingesetzt werden sollen, welche aus verkehrstechnischen Gründen nicht mehr durch die Feldgasse fahren können. In diesem Zusammenhang hat man weder an den Heimgarten „Rosengarten“ gedacht, zu welchem viele betagte Personen fahren, noch an die Personen der großen Siedlung in der Feldgasse, wo auch gehbehinderte Personen wohnen, noch an Familien mit Kleinkindern. Auch auf die Wohngegend rund um die Amselgasse wird keine Rücksicht genommen. Bürgerservice im öffentlichen Verkehr wird immer groß geschrieben, doch in diesem Fall wird es massiv schlechter.

Ein Vorschlag wäre, die Linie 39 wie bisher über die Feldgasse weiterzuführen, und zwar bis zum Jakominiplatz und wieder retour. Ab Jakominiplatz könnte ein Gelenkbus bis zur Mensa eingesetzt werden.

Deshalb stelle ich namens der KPÖ-Fraktion des Grazer Gemeinderates hiermit folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden gebeten, sich bei der Holding Graz dafür einzusetzen, dass die Buslinie 39 wieder so geführt wird, wie sie davor – zur Zufriedenheit der Bevölkerung – geführt wurde.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Keine Durchquerung des Hofbauerplatzes für private Pkws

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Bauernmarkt am Hofbauerplatz in Eggenberg ist bei den BewohnerInnen des Bezirks äußerst beliebt.

Zwar ist die Durchquerung des Platzes auf dem asphaltierten Weg nur MarktbesucherInnen erlaubt, trotzdem versuchen auch Lenkerinnen und Lenker privater Kraftfahrzeuge – trotz Verbots - ebendort Parkplätze zu finden. Dies führt vielfach zu großem Unmut bei Marktbesuchern und -besucherinnen und mitunter auch zu nicht ungefährlichen Situationen.

Eine Absperrung durch rollende Blumenkästen könnte die Situation deutlich verbessern.

Deshalb stelle ich namens der KPÖ-Fraktion des Grazer Gemeinderates hiermit folgenden

A n t r a g :

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, eine Lösung im Sinne des Motivenberichts herbeizuführen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Wiederherstellung eines Gehweges Am Lindenhof – Mariatroster Straße

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die einst existierende Direktverbindung des Lindenhofs in die Mariatroster Straße wurde vor einigen Jahren durch eine private Verbauung beendet. Dieser Umstand verstört nicht nur Spaziergänger immer wieder – am stärksten betroffen sind wohl die Am Lindenhof bzw. Am Dominikanergrund lebenden Schülerinnen und Schüler der Schule St. Johann (bzw. deren Eltern).

Auch der Zugang zur Straßenbahn bleibt so versperrt.

So verbleibt als einzige Direktverbindung ein als unsicher erlebter Waldpfad, sofern nicht ein gewaltiger Umweg in Kauf genommen werden soll.

Es ist Zeit, diesen alten Planungsfehler der Stadt rasch durch eine konsensuale Lösung zu korrigieren. Mein Antrag vom Februar vergangenen Jahres wurde bis heute weder erledigt noch beantwortet.

Deshalb stelle ich namens der KPÖ-Fraktion des Grazer Gemeinderates hiermit folgenden

A n t r a g :

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz treten an den am Fuße des Weges Am Lindenhof positionierten Grundeigentümer heran, um eine Lösung zu finden, die eine Durchwegung für Fußgänger/innen und Radfahrer/innen wieder ermöglicht.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Annenstraße – Taxis sollen auch stadtauswärts fahren dürfen

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Mit der Neugestaltung der Annenstraße wurde auch ein neues, beruhigtes Verkehrskonzept umgesetzt. So darf der Individualverkehr nun lediglich ostwärts durch die Annenstraße rollen. Westwärts hingegen ist das nur mehr den AnrainerInnen, dem Zustellverkehr zu den Wirtschaftstreibenden und den Öffis erlaubt. Nun häufen sich die Beschwerden aus der Bevölkerung. Will man nämlich mit dem Taxi in die Annenstraße fahren, so ist dies nur stadteinwärts erlaubt. Fährt ein Taxi jedoch in die andere Richtung, wird abgestraft.

Viele, vor allem ältere und deshalb nicht mehr so mobile, Menschen, sind jedoch sehr oft auf Taxis angewiesen. Der Umweg, den die Taxis dann nehmen müssen, macht die Fahrten oft empfindlich teurer. Es wäre deshalb auch nur logisch, den Taxis zu ermöglichen, in der Annenstraße auch stadtauswärts zu fahren. Auch wenn im ursprünglich beschlossenen Verkehrskonzept der Annenstraße diese Regelung nicht vorgesehen war, ist es nicht einsehbar, dass die Zufahrt in beide Richtungen für Taxis nicht ermöglicht werden kann, zumal diese zur Fahrgastbeschleunigung ja auch die externen zahlreichen Busspuren auf Grazer Stadtgebiet mitbenutzen dürfen.

Ich stelle deshalb namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g:

Die zuständigen Stellen des Magistrats und der Herr Verkehrsreferent werden ersucht, wie im Motivenbericht erläutert zu prüfen, ob für Taxis ein Zufahren in die Annenstraße in beide Richtungen ermöglicht werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Bahnübergänge Trattfelder Straße und Abstaller Straße dürfen nicht geschlossen werden

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Land Steiermark plant eine Reduktion an Bahnübergängen. Davon betroffen auf Grazer Stadtgebiet sind auch die sehr stark von Fußgeher- und RadfahrerInnen frequentierten Bahnübergänge Abstaller Straße und Trattfelder Straße. Eine Mitteilung der Graz-Köflach-Bahn, einen der beiden Bahnübergänge zu sperren, hatte ja bereits im Vorjahr heftige Diskussionen und Reaktionen aus Bevölkerung und Politik ausgelöst.

Sehr viele besorgte AnrainerInnen sind damals auch an mich herangetreten, damit sich die Politik gegen die drohende Sperre der Bahnübergänge einsetzt, zählen sie doch zu den für Fußgänger- und RadfahrerInnen wichtigsten Ost-West-Verbindungen auf Grazer Stadtgebiet. Angebunden wird nicht nur das Naherholungsgebiet rund um das Schloss St. Martin im Westen und den Einkaufszentren im nahegelegenen Osten. Auch stellen die Übergänge eine sehr wichtige Verbindung zu nahegelegenen Schulen und Kindergärten sowie zu Horteinrichtungen dar. Eine Sperre der Bahnübergänge würde damit einen enorm langen, für die vielen Anrainer- und SchülerInnen unzumutbaren Umweg über gefährliche Hauptverkehrsrouen zur Folge haben.

Nach einem Antrag von mir im Februar letzten Jahres hatte die Stadt Graz sich auch gegenüber der GKB und Land Steiermark gegen eine Schließung ausgesprochen und die GKB aufgefordert, entsprechende Planungen zur Aufrechterhaltung der beiden

Eisenbahnkreuzungen auszuarbeiten. Doch die Bedürfnisse der Stadt Graz wurden offenbar schlichtweg ignoriert.

Das Argument von Land Steiermark und der GKB, dass aufgrund neuer Sicherheitsbestimmungen ein bestimmter Bahnweg einsehbar und der Übergang auch gesichert sein muss, lasse ich bei den beiden Bahnübergängen nicht gelten, da beide Kriterien schon seit Jahren erfüllt sind. Aber jetzt geht das Spiel anscheinend wieder von vorne los. Und das ist eigentlich eine Ungeheuerlichkeit auf Kosten der BürgerInnen. Dabei hätte die Stadt Graz lt. Auskunft des Verkehrsreferates bereits runde 600.000 Euro zur weiteren Absicherung bereitgestellt und reserviert.

Ich stelle deshalb namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Der zuständige Verkehrsreferent und die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe mit den Verantwortlichen des Landes Steiermark und der GKB Kontakt aufzunehmen, um zu prüfen, ob eine für alle Betroffenen geeignete Lösung zum Erhalt der beiden immens wichtigen GKB-Bahnübergänge Trattfelder Straße und Abstaller Straße herbeigeführt werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

7) Kindermanngasse – Einbahnführung in Richtung Lazarettgasse

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die Kindermanngasse wird zwischen Lazarettgasse und Josef-Huber-Gasse als Straße mit zwei Fahrspuren im Gegenverkehr geführt. Nach der Verbreiterung des Gehsteiges in diesem Bereich ist die Kindermanngasse nun jedoch viel zu schmal für zwei Fahrbahnen mit Gegenverkehr. In der Gasse sind beidseitige Parkstreifen, welche jedoch für die BewohnerInnen und für die BesucherInnen der beiden türkischen Kulturzentren sehr wichtig und notwendig sind. Auch wird die Kindermanngasse nach der Busspurverbreiterung in der Josef-Huber-Gasse als Durchfahrtsstraße vermehrt benützt, von vielen leider mit viel zu hoher Geschwindigkeit.

Zur Lösung dieses großen Problems kam nun die Bezirksvertretung gemeinsam mit den AnrainerInnen zum Ergebnis, dass die Kindermanngasse von der Josef-Huber-Gasse kommend in Richtung Lazarettgasse als Einbahn geführt werden sollte. Somit könnten einerseits die Parkplätze erhalten bleiben, andererseits würde dadurch der gefährliche Schleichwegverkehr verhindert.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständige Stelle des Magistrats und der politisch zuständige Verkehrsreferent werden ersucht, aufgrund der im Motivenbericht aufgezählten Gründe zu prüfen, ob eine Einbahnführung der Kindermanngasse von der Josef-Huber-Gasse in Richtung Lazarettgasse rasch als Entlastung für die vielen AnrainerInnen eingerichtet werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Plabutsch – vergessene Naherholung; Wanderrouten müssen offen bleiben, ein Naherholungskonzept tut not

GR. **Sikora** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Als NaturErlebnisPark wird von der Stadt Graz das Gebiet rund um den Plabutsch bis zum Buchkogel und Florianiberg angepriesen. Zahlreiche Wanderwege, welche von den alpinen Vereinen ehrenamtlich betreut und mit großem Aufwand instandgehalten werden, geben den Wanderern die Möglichkeit zur Naherholung. Auch Biker haben da die Möglichkeit, teilweise geöffnete Wege zu benützen, im Einklang mit der Natur.

Leider kommt es immer öfter vor, dass Private Verbotstafeln aufstellen. So gesehen in Richtung Kernstockwarte und in Richtung Jägersteig über der Tunnellüftung in Richtung Fürstenstand. Da müsste die Stadt Graz aktiv werden und die ausgewiesenen Wanderrouten regelmäßig kontrollieren. Denn Wanderwege müssten ohne Hindernisse und Verbotsschilder ungehindert passierbar bleiben.

Auch an einer Attraktivierung des Naherholungsangebotes für die GrazerInnen rund um den Plabutsch wäre zu arbeiten. So könnte durchaus die mittlerweile leider verworfene Idee eines Liftes über die Nordtrasse wieder ins Spiel gebracht werden. Damit könnte auch für sozial schwächere BürgerInnen ein Angebot zum Erlernen des Schifahrens mittels Schipiste kostengünstig geschaffen werden. Auch Trendsportarten wie „downhill bike“ oder „freeclimbing“ etc. könnten in ein attraktives Naherholungskonzept eingebunden werden.

Ich stelle deshalb namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g:

Die zuständigen Stellen des Magistrats werden ersucht, wie im Motivenbericht erläutert, eine regelmäßige Kontrolle von offiziell ausgewiesenen Wanderwegen rund um den Plabutsch, den Buchkogel und bis zum Florianiberg durchzuführen, um die Rechtmäßigkeit eventuell von Privaten aufgestellter Verbotstafeln zu überprüfen und zu veranlassen, dass unrechtmäßig errichtete Verbotstafeln entfernt werden. Auch ergeht an die zuständigen Stellen des Magistrates das Ersuchen zu prüfen, ob ein attraktives und innovatives Naherholungskonzept rund um den Plabutsch bis zum Buchkogel und Florianiberg geschaffen werden könnte.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Öffnungszeiten bei öffentlichen WC-Anlagen in Graz

GR.ⁱⁿ **Thomüller** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Für viele Menschen in der Stadt ist es einfach unverständlich, dass die WC Anlagen in Graz um 22 Uhr zusperren müssen.

Zum Beispiel für die vielen hundert TaxifahrerInnen, die nachts unterwegs sind und uns sicher nach Hause bringen, ist das Klogehen nachts ein Spießrutenlauf. Oder wenn die BewohnerInnen der Stadt einmal länger im Park sitzen – besonders im Sommer ist das häufig der Fall - bleibt ihnen oftmals nichts anderes übrig, als neben den versperrten Toiletten verschämt hinter die Büsche in den Rasen zu pinkeln. Ähnliches spielt sich auch am Hauptbahnhof ab. Da die ÖBB für die WC-Benützung 50 Cent verlangen, gehen viele Menschen, die das passende Kleingeld einfach nicht

haben, in den angrenzenden Park. Dies ist für alle Beteiligten eine unangenehme Sache.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz werden damit beauftragt, die öffentlichen WC-Anlagen nachts (von 22 Uhr bis 6 Uhr morgens) unentgeltlich geöffnet zu lassen bzw. nicht zu versperren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

10) Abfederung steigender Wohnkosten

GR. Grossmann stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Unbestreitbare Tatsache ist: Die steigenden Mieten stellen für viele Menschen eine enorme finanzielle Belastung dar. Im Durchschnitt belaufen sich die Wohnkosten inklusive Betriebskosten auf 24 Prozent des Haushaltseinkommens, zum Teil müssen aber sogar 50 Prozent und mehr für das Wohnen aufgewendet werden. Die zuletzt erfolgte Erhöhung der Mietzinsrichtwerte hat diese Problematik zusätzlich verschärft.

Ein Aussetzen dieser Erhöhung, wie dies von Wohnungsstadträtin Elke Kahr beantragt wurde, wäre aber ausschließlich nur für die rund 2200 im städtischen Besitz

befindlichen Gemeindewohnungen möglich gewesen, während im Übertragungswohnbau, für den die Stadt das Einweisungsrecht hat und in dem sich damit auch quasi „Gemeindewohnungen“ befinden, sehr wohl Mieterhöhungen stattfinden – ganz zu schweigen vom sogenannten „freien Markt“, über den sich Tausende wohnversorgen. Wobei dieses generelle Aussetzen der Mietzinsrichtwerterhöhung ausschließlich für den „Gemeindebau“ auch insofern dem Augenmaß, der Vernunft und Fairness widersprochen hätte, als man MieterInnen von Gemeindewohnungen, die hier vielleicht seit Jahren und Jahrzehnten leben, ja nicht automatisch unterstellen sollte, zu den finanziell Schwächsten zu gehören.

Umso bedauerlicher war es, dass die Wohnungsstadträtin keine Bereitschaft zeigte, statt der Forderung nach einem generellen Verzicht auf das Aussetzen der Mietzinsrichtwerterhöhung nur für diesen sehr begrenzten Bereich Verhandlungen zu führen, wie Mieterhöhungen insgesamt für jene, die davon tatsächlich existentiell betroffen sind, abgefedert werden könnten.

Auf jeden Fall wird es notwendig sein, Überlegungen anzustellen, wie verstärkt dort unterstützt werden kann, wo sich Menschen das Wohnen nicht oder kaum leisten können – dies aber nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern unter dem Blickwinkel sozialer Treffsicherheit: Unterstützung sollen jene erhalten, die diese Unterstützung dringendst brauchen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g :

1. SozialCard-BesitzerInnen, die von der mit 1. Mai in Kraft getretenen Mietzinsrichtwerterhöhung betroffen sind, ist diese Mieterhöhung rückzuvergüten.
2. SozialCard-BesitzerInnen, die in Übertragungswohnbauten leben, sind seitens der Stadt die aktuellen Mieterhöhungen rückzuvergüten.
3. SozialCard-BesitzerInnen, die über den freien Markt wohnversorgt sind, erhalten seitens der Stadt zur Abfederung der aktuellen Mieterhöhungen eine analoge Unterstützung durch die Stadt.
4. Zur Abwicklung wird der Bürgermeister ersucht, eine ämterübergreifende Projektgruppe des Sozialamtes und der Finanzabteilung einzurichten, wobei das Sozialamt für die logistische Umsetzung verantwortlich ist, die Finanzabteilung die Finanzierung sicherzustellen hat.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Beleuchtung des Rad- und Gehweges entlang der Mur

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die fehlende Beleuchtung des Rad- und Gehweges entlang der Mur im Süden des Grazer Stadtgebietes stellt ein hohes Sicherheitsrisiko für RadfahrerInnen, SpaziergeherInnen und LäuferInnen dar.

Seit Jahren fordern die SPÖ-BezirksvertreterInnen der Bezirke Puntigam, Liebenau und Jakomini eine durchgehende Beleuchtung des Rad- und Gehweges an beiden

Seiten der Mur, um den Menschen, die diesen stark frequentierten Rad- und Gehweg benutzen, entsprechende Sichtverhältnisse und somit verbesserte Sicherheitsbedingungen zu schaffen.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

Antrag:

Die Stadt Graz soll die zuständigen Stellen beauftragen, an diesen stark frequentierten Rad- und Gehwegen entlang der Mur eine durchgehende Beleuchtung zu installieren.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

12) Übergang/Brücke für RadfahrerInnen und SpaziergeherInnen auf Höhe „Auwiesen“

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Das Naherholungsgebiet „Auwiesen“ in der Eichbachgasse wird von der Bevölkerung sehr gut angenommen. Nicht nur am Wochenende tummeln sich viele Erholungsuchende entlang der Mur bzw. im Bereich Auwiesen.

Um die Attraktivität des Naherholungsgebietes weiter zu steigern und um vor allem eine bessere Erreichbarkeit von beiden Murseiten zu ermöglichen, sollte in diesem

Bereich eine Brücke bzw. ein Übergang über die Mur bei der Autobahnbrücke in Form eines Geh- und Radweges geschaffen werden.

Namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher folgenden

A n t r a g :

Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, einen Geh- und Radweg über die Mur zu errichten bzw. im Rahmen der Sanierung der Autobahnbrücke diesen einzuplanen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Evaluierung bzw. Ausweitung der Tempo-30-Zonen in Graz unter spezieller Berücksichtigung von Kinder- und Jugendbetreuungseinrichtungen

GR.ⁱⁿ **Katholnig** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Ein besonderes Augenmerk schulden wir der Verkehrssicherheit unserer schwächsten VerkehrsteilnehmerInnen. Aus diesem Grund ist jede Maßnahme, die die Sicherheit für Kinder und Jugendlichen erhöht, zu begrüßen – etwa, was die Ausweisung von Tempo-30-Bereichen anbelangt. Denn der geringfügige Zeitverlust für AutofahrerInnen bei Tempo 30 sollten alle „verschmerzen“ können, erhöhen doch die dadurch erzielbaren schnelleren Reaktionszeiten und kürzeren Bremswege ganz wesentlich die Sicherheit für Kinder und Jugendliche.

Vor Schulen ist dies bereits sehr gut gelungen. Leider gibt es aber vor vielen Kindergärten/Krippen bzw. von Kindern und Jugendlichen frequentierten Freizeiteinrichtungen noch immer keine 30-iger Zonen. Andererseits gibt es sehr viele Straßenzüge, die mit Tempo 30 ausgewiesen sind, wo oftmals öffentliche Verkehrsmittel durchfahren, dort sich weder Kindergärten/Schulen/Horte/Krippen befinden oder/und sehr wenig AnrainerInnen angesiedelt sind. Als Beispiele dafür stehen etwa die Engelsdorferstraße, die Ziehrerstraße oder Schwarzer Weg, wo wiederum nur schwer nachvollziehbar ist, warum hier Tempo 30 gilt.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

Antrag,

die zuständigen Fachabteilungen der Stadt Graz mögen beauftragt werden, gemäß Motivenbericht eine Evaluierung der Tempo-30-Bereiche aufgrund von Kriterien wie Sicherheit, Verkehrsfluss, Umweltqualität, öffentliche Infrastruktur, Frequenz etc. durchzuführen, wobei besonderer Augenmerk auf die Sicherheit von Kindern und Jugendlichen gelegt und eine Verordnung von Tempo 30 vor allen Kinder- und Jugendeneinrichtungen angestrebt werden sollte.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

14) Betriebszeiten der öffentlichen WC-Anlage am Lendplatz

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Savernik** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Der Lendplatz wird seit seiner Neugestaltung sehr gut von der Grazer Bevölkerung angenommen und neben den Marktständen werden auch die gastronomischen Betriebe stark frequentiert. Eine positive Belebung des gesamten Viertels ist somit gelungen.

Im Bereich des Marktes gibt es zur Zeit zehn gastronomische Betriebe, die im Winter bis 22 und im Sommer bis 23:30 Uhr geöffnet haben. Die Toilettensituation ist jedoch an diese Öffnungszeiten nicht angepasst. Lediglich ein WC, jenes der Marktbetreiber, steht nach dem Schließen der öffentlichen Anlage ab 20 Uhr den Besuchern zur Verfügung.

Vermehrt wurde auf diese unzufriedenstellende Lösung hingewiesen. Auch der Bezirksrat hat sich mehrmals mit diesem Thema beschäftigt – letztmalig im Juni 2013. Da sich die Situation in den nächsten Wochen und Monaten wieder stark verschlimmern wird, ist die Stadt angehalten, eine Lösung dieser Problematik zu suchen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

A n t r a g :

Die zuständige Abteilung wird aufgefordert, kurzfristig eine Verlängerung der Öffnungszeiten für die öffentliche WC-Anlage am Lendplatz zu veranlassen und mittelfristig eine verbesserte Situation in Absprache mit den Betreibern der Marktstände und Gastronomiebetriebe zu suchen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

15) Grünfläche im Bezirk Gries

GR.ⁱⁿ **Schönbacher** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Die ÖVP, speziell aber das Bürgermeisteramt, ließ in der Vergangenheit medial mit der Idee aufhorchen, Grünflächen in Grazer Bezirken zu schaffen und nötigenfalls auch anzukaufen. Diese Grünflächen sollten der Bevölkerung zu Erholungszwecken zur Verfügung gestellt werden. Nun befindet sich im Bezirk Gries genau im Spitz Alte Poststraße, Feldgasse und Bahnbegleitstraße ein Grundstück, das derzeit einer Wiener Immobilienfirma gehört, die aber dem Vernehmen nach kein konkretes Projekt an dieser Örtlichkeit plant. Dieser schöne Fleck wird gegenwärtig als Treffpunkt für die im Bezirk wohnhafte Jugend genützt und scheint daher geradezu prädestiniert für eine Verwendung im Sinne der von Ihnen medial intendierten Ideen.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden ersucht zu erörtern, inwieweit ein Ankauf dieses Grundstücks in Betracht kommt bzw. werden die zuständigen Stellen des Magistrates Graz ersucht, hierüber dem Gemeinderat alsbald Bericht zu erstatten, um gegebenenfalls die zuständigen Personenkreise für die Verhandlungen mit dem Grundstückseigentümer zu bevollmächtigen.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

16) Kinderärztlicher mobiler Notdienst – Weiterführung des Projektes

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

Unter der Kurzform KiMoNo firmiert in Graz eine wichtige Einrichtung, die bereits seit Jahren erfolgreich zu Werke geht. Unter der tatkräftigen und kompetenten Leitung von Dr. Uwe Enayat versehen drei Ärzte von Freitag, beginnend mit Freitag Nachmittag, an Samstagen und Sonntagen von 08.00 Uhr bis 20.00 Uhr durchgehend Dienst. Diese ausgebildeten Fachärzte für Kinderheilkunde können von jedermann konsultiert werden, wobei die Verrechnung nach dem gleichen Schema wie bei einem Facharzt erfolgt.

Die Problemstellung, die sich im Zusammenhang mit dieser Einrichtung ergibt, liegt darin, dass sich alle drei Ärzte inklusive der Person des Leiters bereits in fortgeschrittenem Alter befinden. Eine Verjüngung oder Nachfolge ist derzeit nicht in Sicht. Da es sich bei dieser Einrichtung um eine privat organisierte Einrichtung handelt, die aber von der Bevölkerung seit Jahren sehr gut angenommen wird, erscheint eine Weiterführung durchaus sinnvoll und im Sinne der Grazer Bevölkerung.

Daher stelle ich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen des Magistrates Graz werden beauftragt, Möglichkeiten auszuloten, wie dieses Projekt vor allem im Kreise der in Graz ansässigen und fachlich

in Frage kommenden Ärzteschaft ausreichend durch die Stadt Graz beworben werden kann bzw. mögen die zuständigen Stellen der Stadt Graz auch ein Modell ausarbeiten, inwieweit die Stadt Graz organisatorisch, aber auch auf subventioneller Ebene unterstützend tätig werden kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

17) Schachspiel für den Grazer Hauptplatz

GR. Vargas stellt folgenden Antrag:

Motivenbericht nur schriftlich:

In Graz zu leben ist für viele Menschen ein besonderes Gefühl. Graz gilt durch seine Architektur und sein Flair für viele Menschen als eine Stadt des südlichen Europas. Graz ist auch die zweitgrößte Stadt Österreichs und hat zusätzlich große Bedeutung, einerseits durch die großen Betriebe, die sich hier angesiedelt haben, und andererseits durch die vielen Forschungs- und Ausbildungsstätten sowie Hochschulen.

Graz in seiner Größe ist aber zugleich auch eine Herausforderung, auch für die Politik. Eine große Stadt bringt Menschen mit verschiedenen Interessen zusammen. Diesen verschiedenen Bedürfnissen gerecht zu werden, stellt eine Aufgabe dar, die wir alle nur gemeinsam bewältigen können.

Der Grazer Hauptplatz wird häufig als Zankapfel zwischen einer auf humanistischen Werten beruhenden Haltung und einer durch ordnungspolitische Maßnahmen für mehr „Sicherheit und Ordnung“ sorgen wollende Ideologie von unseren BürgerInnen wahrgenommen. Der Hauptplatz wird von verschiedenen Menschengruppen genutzt. Es sind dies Handelstreibende und Einkaufende, Fahrgäste, die hier ankommen und abfahren, Menschen, die die angrenzenden Institutionen, Ämter und sonstige Dienstleistungsbetriebe nutzen oder BesucherInnen der vielen Gastronomiebetriebe. Der Hauptplatz ist aber auch ein Treffpunkt für marginalisierte Gruppen, Menschen, denen wir es ansehen können, dass es Ihnen nicht so gut geht.

Momentan wird der Hauptplatz überquert, an ihm wird umgestiegen, an den Kiosken konsumiert, aber der Hauptplatz selber lädt nicht wirklich zum Verweilen ein. Dem Platz fehlt es bisher an einem Angebot, das konsumfrei genutzt werden kann und das zum Verweilen und Entschleunigen einlädt.

Ein Schachspiel mit großen Figuren kann so ein Angebot sein, das Menschen verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und von verschiedenem sozialem Hintergrund eine Möglichkeit bietet, einander zu begegnen und miteinander Schach zu spielen. So ein Schachspiel lädt auch PassantInnen ein, mitzudenken und sich zu beteiligen.

Die Therapieeinrichtungen Grüner Kreis, Kontaktladen (Caritas) und Walkabout (Barmherzige Brüder) würden der Stadt Graz Schachfiguren kostenlos zur Verfügung stellen. Diese Figuren sind ca. 70 cm groß und können auf einem am Boden markierten Schachbrett gespielt werden.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs – ALG folgenden

A n t r a g :

Der zuständige Stadtrat Mag. (FH) Mario Eustacchio wird ersucht, die Möglichkeit einer Schachspielfläche im Ausmaß von 4 x 4 m direkt in Angrenzung an den Erzherzog Johann Brunnen zu prüfen und deren Umsetzung für die Dauer einer Pilotphase von einem Jahr zu veranlassen.

Nach dieser Zeit soll anhand von Erfahrungsberichten entschieden werden, ob das Projekt fortgeführt werden soll. Zu prüfen wäre auch, ob die Schachfiguren bei Veranstaltungen am Hauptplatz in den Eingangsbereich des Rathauses gestellt werden können und wer das Auf- und Absperren der Kette, die die Schachfiguren abends vor Diebstahl sichert, übernehmen kann.

Der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Damit ist die ordentlich öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina S c h r ö c k schließt die Sitzung des Gemeinderates um 19.10 Uhr.

Die Vorsitzenden:

Bgm. Mag. Siegfried Nagl

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Martina Schröck

StR. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüschi

StR. Kurt Hohensinner, MBA

Der Schriftführer:

Die Schriftprüferin:

Wolfgang Polz

GR.ⁱⁿ Sissi Potzinger

Protokoll erstellt: Heidemarie Leeb